

Außerdem hat die bisher für das ganze Gebiet Aue verantwortliche Kreisleitung der Partei die ideologische und organisatorische Arbeit der Parteiorganisationen im Staatsapparat unterschätzt und sträflichst vernachlässigt. Die Kreisleitungen der Partei waren über die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Arbeit des Staatsapparats ungenügend informiert.

Auf Grund der Erfahrungen, die die Bevölkerung mit den bisherigen Mitarbeitern der staatlichen Organe im Kreis und in den Gemeinden und deren Arbeitsmethoden gemacht hat, war sie während der Vorbereitung der Wahlen besonders stark daran interessiert, wer in die neuen Volksvertretungen gewählt werden soll. Bei den Einwohnerversammlungen und Kandidatenvorstellungen zeigte es sich, daß die Bevölkerung nicht nur aus persönlichen Gründen teilnimmt, sondern daß sich das politische Bewußtsein der Massen seit den Volkswahlen im Oktober 1950 bedeutend gehoben hat. Die Bevölkerung ist kritischer geworden. Sie entwickelt eine gesunde und zum Teil sehr harte Kritik an der Arbeit der Staatsorgane. So sagte z. B. ein werktätiger Bauer in Grüna:

„Wir setzen alles daran, unser Abgabesoll vorfristig zu erfüllen und haben es erfüllt. Wir verlangen aber auch, daß die Verwaltung ihre Pläne, Aufgaben und ihre Versprechungen vorfristig erfüllt.“ Die Ursache zu der Kritik in diesem Fall ist folgende:

Die aus zwölf Bauernwirtschaften (Klein- und Mittelbauern) bestehende Gemeinde mit einem SED-Bürgermeister hat 1946 den Gemeindevald zwecks besserer Aufforstung und Pflege dem Staatsforst übergeben. Es wurde ein Vertrag abgeschlossen, daß die Bauern dieser Gemeinde Holz für Reparaturen und Bauzwecke, insbesondere Stangen für ihre Schweineställe und das vorgeschriebene Quantum Brennholz für jede Familie bekommen. Seit dieser Zeit bis zur Versammlung am 19. April, wo aus jeder Familie ein Vertreter anwesend war, kämpfte der Bürgermeister gemeinsam mit den Bauern bei den Kreisforstämtern Aue und Zwickau ohne jeden Erfolg um die Einhaltung des Vertrags. Mit Hilfe der Landesleitung der VdgB (ein Vertreter war in der Versammlung) wurde dieser Mißstand noch vor der Wahl beseitigt. Die Bauern haben ihren Beschluß, hundertprozentig bis 8.00 Uhr morgens am ersten Wahltag die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands zu wählen, erfüllt.

Es ist weiter festzustellen, daß die Direktive des Politbüros zur Mobilisierung örtlicher Reserven und Ausarbeitung und Durchführung der Pläne der Kreise, Städte und Gemeinden im allgemeinen nicht genügend bekannt oder ungenügend verwirklicht war. Die Kreisleitungen der Partei haben Anfang März die Direktive erhalten, aber nichts zur Realisierung getan. Es gab nicht in allen Städten und Gemeinden Pläne für 1952 und Perspektivpläne von 1952 bis 1955. Die Kreisverwaltung Schwarzenberg hatte nur einen „Wunschplan“ von 1953 bis 1955 entwickelt, der nirgends popularisiert werden konnte, weil er sich nur mit Dingen beschäftigte, die bei der Bevölkerung Illusionen ausgelöst hätten. Ein konkreter Plan für 1952 lag nicht vor, so daß bei einer Vorstellung der Kandidaten, zu denen auch ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung gehörte, den anwesenden Einwohnern erklärt werden mußte, daß ein solcher Plan noch nicht existiert.

Im Gegensatz dazu hat Schneeberg einen gut realisierbaren Plan entwickelt und eingehend mit der Bevölkerung darüber diskutiert. Dieser Plan wird jetzt mit einer Darstellung der historischen Entwicklung der Stadt vom Mittelalter bis 1952 an alle Einwohner als Broschüre herausgegeben.

Bei den Kandidatenvorstellungen zeigte es sich, daß die Bevölkerung bereit ist, die Arbeit der Staatsorgane und die Durchführung der Pläne aktiv zu unterstützen. So gingen z. B. in Schneeberg zahlreiche Hausgemeinschaften konkrete

Verpflichtungen ein, durch freiwillige Arbeit beim Straßenbau, bei der Errichtung eines Kinderheims zu helfen.

Die Entwicklung der Pläne wurde allerdings dadurch erschwert, daß die für den Kreis, die Stadt oder die Gemeinde vorgesehenen Investitionsbauten zu spät durch die zuständigen Stellen der Regierung bestätigt wurden.

Arbeit der Staatsorgane muß lebendig gestaltet werden

Die jetzt neugewählten Parteileitungen in den Kreisen Aue, Schwarzenberg, Johanngeorgenstadt und Schneeberg sollten sich eingehend mit folgenden Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf der 8. Tagung des ZK befassen:

Bisher wurde die Funktion der Kreisorgane vielfach unterschätzt. Es ist notwendig, die Bedeutung des Kreistages und des Kreisrates für die Durchführung der Beschlüsse der Volkskammer und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu erkennen. Das erfordert eine Überprüfung der Arbeitsweise der Kreistage und der Kreisräte, und eine solche Erziehung der Mitarbeiter des Kreisrates, daß sie imstande sind, die Beschlüsse der Volkskammer und der Regierung erfolgreich durchzuführen und die Gemeindeorgane richtig anzuleiten und zu kontrollieren. Die Arbeit der lokalen Staatsorgane, der Gemeindevertretungen und Gemeinderäte, und die Arbeit ihrer Ausschüsse muß lebendig gestaltet werden. In den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen gilt es, einen gründlichen, von schöpferischer Kritik erfüllten Meinungs austausch durchzuführen. Bedeutungsvolle Beschwerden der Bevölkerung sind in den Gemeindevertretungen zu behandeln und zu beantworten.

Diese Wendung in der Arbeit wird nur zum Erfolg führen, wenn die antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen des Blocks dazu Stellung nehmen und wenn wichtige Fragen der Verbesserung der Arbeit im Block behandelt werden.

Es ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

Das Vertrauen der Bevölkerung zu den jetzt neu gewählten Volksvertretungen und Vertretern des Kreises und der Gemeinden muß gefestigt werden durch die gemeinsame Erfüllung folgender Aufgaben:

1. Die Landesregierung Sachsen muß durch Brigadeneinsätze den neugebildeten Kreisverwaltungen bei der Entwicklung neuer Arbeitsmethoden helfen.
2. Die Kreisleitungen der Partei müssen die Parteiorganisationen im Staatsapparat besser als bisher anleiten.
3. Die Organe des Staatsapparats in Kreis, Stadt und Gemeinde sollten mehr als bisher in Verbindung mit der Entwicklung der Kritik und Selbstkritik durch ständige Rechenschaftslegungen einen engen Kontakt zwischen Verwaltung und Bevölkerung herstellen.
4. Die von der Bevölkerung erteilten Wähleraufträge an die Kreis- und Gemeindevertreter müssen registriert und ihre Durchführung kontrolliert werden. Nach ihrer Erfüllung muß öffentliche Berichterstattung erfolgen.
5. Beschwerden und Wünsche der Bevölkerung müssen von seiten des Staatsapparats sofort beantwortet und schnellstens bearbeitet werden.
6. Die von der Wismut vorgeschlagenen und gewählten Kreistagsabgeordneten und Gemeindevorteiler dürfen nur in dringenden Fällen mit Zustimmung der Gebietsparteileitung ihrer Funktion entzogen werden.
7. Die ehrenamtliche Mitarbeit der Bevölkerung in den kommunalen Ausschüssen muß mit Hilfe der Parteien, Massenorganisationen und Massenorgane besser entfaltet und gefestigt werden.
8. Die Wahl der Hausvertrauensleute ist in allen Städten und Gemeinden schnell zu beenden, und diese gewählten Haus- und Straßenvertrauensleute müssen entsprechend den vom Politbüro beschlossenen Richtlinien geschult und angeleitet werden.